Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,80 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: Carl Hoffmann in Bielefeld.

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 10 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis 10 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" Schumann & Co., Bielefeld.

Nr. 35. Bielefeld, Dienstag, 11. Februar 1896. 7. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

36. Sitzung vom 10. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Bötticher.

Zur Beratung steht in erster Lesung die Novelle zur Gewerbeordnung. Darnach sollen besondere Beschränkungen eingeführt werden für Kranken- und Heilanstalten, Schauspielunternehmungen, Gast- und Schenkwirtschaften, sowie Kleinhandel mit Bier, Branntwein und Spiritus, Trödelhandel, Handel mit Sprengstoffen, mit Droguen und chemischen Präparaten zu Heilzwecken. Vom Feilbieten und Aufsuchen von Bestellungen im Umherziehen (Hausierhandel) sollen ausgeschlossen werden: Druckschriften, andere Schriften und Bildwerke, insofern sie in sittlicher oder religiöser Beziehung Aergernis zu erregen geeignet sind, oder mittelst Zusicherung von Prämien oder Gewinnen vertrieben werden, oder in Lieferungen erscheinen, wenn nicht die Zahl der Lieferungen des Werks und ihr Gesamtpreis auf jeder einzelnen Lieferung an einer in die Augen fallenden Stelle bestimmt verzeichnet ist. Auch das Umherziehen mit Zuchthengsten zur Deckung von Stuten, sowie auf bestimmte Dauer der Handel mit Schweinen, Ziegen oder Geflügel im Umherziehen soll durch die Bundesregierungen untersagt oder beschränkt werden können.

Abg. Metzner-Neustadt (Z.): Wir sehen in dem Gesetzentwurf einen alten Bekannten, leider ist der Entwurf bisher immer noch nicht zu stande gekommen. Ich wünsche deshalb, daß er diesmal nicht erst an eine Kommission verwiesen wird; verbessert kann er in der zweiten Lesung im Plenum werden. Vor allem hoffen wir, daß die Regierung unserem Verlangen darin nachgeben wird, daß den Konsumvereinen der Kleinhandel mit Branntwein und Spirituosen generell untersagt wird. Die Vorlage überläßt eine solche Anordnung den Landesregierungen. Der Kleinhandel mit Spirituosen durch die Konsumvereine fordert die Trunksucht. Der Breslauer Konsumverein verkauft in einem Jahr mehr Branntwein, als im Heidelberger Faß Platz hätte. Die Konsumvereine sollten im Betrieb mit alkoholischen Getränken denselben Bestimmungen unterworfen werden, wie die Schenkwirtschaften. Der Schnaps gehört nicht zu den Wirtschaftsbedürfnissen, er zersetzt und zerstört die Wirtschaft im Haushalt. Warum halten aber die Konsumvereine am Schnapsverkauf fest? Weil sie 40 bis 50 pCt. daran verdienen. Der Staatsanwalt, der Gerichtspräsident, der Prediger, sie alle ziehen ihre hohen Prämien aus dem Schnapsgenuß der Arbeiter. (Ruf bei den Sozialdemokraten: „Und die Regierung durch die Branntweinsteuer".) Wir werden bei der zweiten Lesung einen Antrag stellen, der die Vorlage dahin erweitern soll, daß ein generelles Verbot, Schnaps zu verkaufen, für die Konsumvereine erlassen wird. Zu weit geht uns die Bestimmung der Vorlage, daß die Droguenhandlungen keine Arzneimittel verkaufen sollen. Der Begriff Arzneimittel ist zu schwer zu definieren. Pottasche, Bullrichsalz, das sind alles Arzneimittel, die dann das Publikum bedeutend teuerer in der Apotheke kaufen müßte. Wir sind dagegen für eine Beschränkung des Hausiergewerbes. Die heutige Gewerbefreiheit macht den seßhaften Geschäftsmann zum Nomaden, wir wollen den Hausierer zum seßhaften Geschäftsmann machen. Wenig unterscheiden sich vom Hausierer die sogenannten Detailreisenden. Bei der heutigen Entwickelung der Verkehrsverhältnisse ist der Hausierer im wesentlichen überflüssig und den Konsumenten schädlich. Nur in einzelnen Gegenden ist die Bevölkerung noch auf den Hausierhandel angewiesen. Wir hoffen, daß in dieser Session die Vorlage zu stande kommt.

Abg. Dr. Schneider (fr. Vp.): Wir leben in einer Aera der Beseitigung von Auswüchsen. Man will die Auswüchse durch eine Stärkung der Polizeigewalt bekämpfen. Wir stehen infolge dessen auch dieser Vorlage sehr skeptisch gegenüber und werden die meisten Bestimmungen derselben ablehnen, da sie uns nicht im Interesse des Gemeinwohls zu liegen scheinen. Namentlich müssen wir uns gegen eine Beschränkung des Hausierhandels erklären. Der Hausierhandel hat mit der Zunahme der Bevölkerung gleichen Schritt gehalten. Er hat sogar in letzter Zeit abgenommen. Sollte man gegen die Detailreisenden vorgehen wollen, so würden die Geschäftsinhaber, die diese Leute ausschicken, sehr geschädigt werden. Die Beschränkung, die den Hausierern zugedacht ist, ist um so weniger berechtigt, als die Hausierer schon mit Steuern stark belastet sind. Bedauerlich finde ich auch die Beschränkung der Schauspielunternehmungen. Die finanzielle Seite soll allein maßgebend sein, aber gerade beim Schauspielbetriebe kommt es auf andere Faktoren, wie künstlerische Einsicht usw., besonders an. In den Konsumvereinen hat der Schnapsverkauf nicht den Umfang angenommen, wie es der Vorredner dargestellt hat, seine Schlußfolgerungen sind deshalb auch nicht richtig. Gerade die Kleinhandwerker haben den größten Vorteil von den Konsumvereinen. Den Kleinhandel in Bier wünsche ich auf keinen Fall beschränkt. Beim Spirituosenhandel liegt die Sache verwickelter. Jedenfalls ist eine Beratung des Entwurfs durch eine Kommission von 21 Mitgliedern notwendig. (Beifall links.)

Abg. von Holleufer (kons.): Eine Kommissionsberatung ist überflüssig. Verweisen wir den Entwurf an eine Kommission, so liegt die Gefahr nahe, daß die Gewerbenovelle wieder verschleppt wird und wieder nicht zur Verabschiedung gelangt. Das würde die Bevölkerung nicht verstehen, in deren Interesse das Gesetz liegt. Mit der Einschränkung des Droguenhandels bin ich nicht einverstanden; ich befürchte, daß mit dem Verbot des Verkaufs von Heilmitteln vielen Droguisten die Existenz genommen wird. In der Beschränkung des Hausierhandels gehen meine politischen Freunde nicht so weit, wie die Herren des Zentrums. In der Erhaltung des Mittelstandes erblicken wir das sicherste Bollwerk gegen die Sozialdemokratie. Allen sozialpolitischen Maßnahmen der Regierungen in dieser Richtung stimmen wir ohne weiteres zu, deshalb auch diesem Entwurf. (Bravo! rechts.)

Abg. Prof. Hasse (nat.): Auf eine Kommissionsberatung können wir nicht verzichten. Die Schwierigkeiten, die sich der Erledigung des Entwurfs entgegenstellen, sind sonst nicht zu überwinden. Wir meinen, daß alles, was in der vorliegenden Novelle sich auf die Theaterunternehmungen und Konsumvereine bezieht, von uns angenommen werden kann. Was die Beschränkungen des Hausierhandels und des Detailreisenden anbetrifft, so hegen wir bestimmte Bedenken, die wir in der Kommission geltend machen werden. Die Erschwerung der Erteilung von Hausierscheinen halten wir für ebenso berechtigt, wie den Ausschluß von Kindern und die Heraufsetzung der Altersgrenze von 21 auf 25 Jahre.

Abg. Reißhaus (Soz.): Wenn schon der vorjährige Entwurf reaktionär erschien, so ist es dieser noch mehr. Im Gegensatz zu dem Abg. Metzner meine ich, daß die Regierung viel zu sehr den Spuren des Zentrums gefolgt ist. (Sehr richtig! links.) Daß die geplanten Abänderungen den Gewerbetreibenden Vorteil bringen, muß ich als Gewerbetreibender bestreiten; es wird das Gegenteil von den beabsichtigten Vorteilen eintreten. Nur sehr wenige Bestimmungen des Entwurfs sind für uns annehmbar. Bereits bei der vorjährigen Beratung lieferte mein Fraktionskollege Robert Schmidt den Nachweis, wie notwendig eine schnelle Einreihung der Schauspieler in die Gewerbeordnung sei. Wir haben entsprechende Anträge in der Kommission eingebracht, die Anträge fanden die wohlwollende Zustimmung der Kommission und wurden der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Zahlreiche Zustimmungen — nahezu 4000 — (Hört! hört! links) gingen uns aus den Kreisen der Schauspieler zu. Auf die Konkrakte und das Agenturwesen will ich heute nicht näher eingehen. Wie nötig aber eine Regelung dieser Verhältnisse ist, dafür einen kleinen Beitrag. Ich habe hier eine sogenannte Theater- und Hausordnung, die 42 Paragraphen umfaßt. Sie verdient an den Schandpfahl der Oeffentlichkeit genagelt zu werden. So heißt es zum Beispiel in § 10: „Wegen symbolischer oder gar thätlicher Beleidigung kann sofortige Entlassung erfolgen, sofern die Direktion es nicht bei einer Geldstrafe bis zur Höhe einer Monatsgage bewenden läßt." Wohlgemerkt, bei symbolischer Beleidigung kann die sofortige Entlassung eintreten oder im Mindestfalle der Verlust einer Monatsgage. In dieser Ordnung ist in 13 Fällen Entlassung angedroht, in 8 Fällen der Verlust der Monatsgage, in 3 Fällen der halben Monatsgage, des Viertels in 3 Fällen, des Drittels in einem Falle. Geldstrafen sind in 62 Fällen angedroht (Hört! hört! links) von 157 bis 859 Mk. Dieses Muster einer modernen Sklavenordnung besteht heut zu Recht bei einer preußischen Hofbühne, bei der Hofbühne zu Wiesbaden. (Hört! hört! rechts.) Der Direktor ist ein Kgl. preußischer Kommissionsrat, Herr Willy Hasemann. Diese Theaterordnung ist auch anderswo in Uebung. Solche Zustände

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.

64 (Nachdruck verboten)

(Fortsetzung.)

„Verzeihen Sie unser spätes Eindringen," wandte sich jetzt der größere der beiden Ankömmlinge an Kasimir, indem er die Pelzkappe, welche sein Gesicht bedeckte, zurückschob und den Polen in ein vertrauenerweckendes, ernstes Gesicht schauen ließ, „wir sind auf der Reise von dem Schneesturm überrascht worden —"

Isabella, die neben den Bruder getreten war, unterbrach hier plötzlich den Sprecher.

„Es ist Felix Volkhofski!" rief sie erschrocken, „Bruder, es ist Felix Volkhofski!"

„Ich bin es," erwiderte dieser, das Mädchen erkennend. „Und das" — auf die Person auf der Kiste deutend — „ist Sophia. Wie danke ich dem Schicksal, daß es uns gerade in Ihre Hütte geführt hat, Kasimir Czartoryski."

Gerührt reichten die beiden Männer sich die Hand, während Isabella besorgt zu Sophia eilte, die Hülle von ihrem Gesichte entfernte, ihr den durchnäßten, schneebedeckten Pelz abnahm, ihr Thee mit Rum einflößte, sie küßte, rieb und streichelte, und sie mit Thränen der Freude und des Mitleids anflehte, wieder zu sich zu kommen und sie anzusehen mit dem alten freundlichen Lächeln, den treuen blauen Augen.

Sophia erholte sich bald wieder und beide Flüchtlinge leisteten, nachdem sie sich der nassen Kleider und Schuhe entledigt und dafür ihnen von den Geschwistern zur Benutzung überlassene angelegt hatten, der freundlichen Einladung, sich durch Speise und Trank zu stärken, bereitwillig Folge.

„Und nun, in aller Welt, liebe Freunde," fragte der junge Pole, als alle um den Tisch herum saßen, „wie kommt Ihr hierher? Wie kommt Ihr in solcher Nacht hierher? Fast möchte ich glauben, Ihr —"

„Leise, leise," bedeutete ihm Felix. „Sie haben Recht, wir sind Flüchtlinge. Wir sind entflohen, weil die Flucht der einzige Ausweg aus einem Dilemma war, das schlimmer ist als selbst die Gefahr der Entdeckung, die Aufregungen und Entbehrungen einer geheimen Wanderung, als die Schrecken eines sibirischen Winters. Die Ehre meiner Braut und mein Leben waren gleichzeitig bedroht."

Er erzählte in flüchtigen Umrissen die Ursache und Ausführung des Fluchtplans.

„Wie wir bis hierher gekommen sind, weiß ich selbst kaum. Unendlich waren die Mühen, die Gefahren. Hatten wir gehofft, daß man nach den ersten Tagen unsere Verfolgung aufgeben und unsere Ergreifung dem Zufall überlassen würde, so hatten wir uns schwer getäuscht. Herr Lazareff bietet alle Machtmittel auf, um uns wieder in seine Gewalt zu bekommen. Nicht nur, indem er den gewöhnlichen Weg der telegraphischen und amtlichen Benachrichtigung aller Orts- und Gouvernementsbehörden beschritten hat, er hat sich trotz der Winterkälte auch selbst in einem Rennschlitten aufgemacht, uns zurückzuholen. Wohl schon ein dutzendmal entgingen wir mit Mühe seiner und seiner Helfershelfer Nachforschungen. In Folge dessen waren wir genötigt, mit noch größerer Vorsicht vorwärts zu gehen, als wir ohnehin schon anwenden mußten. Wir sahen uns in die entsetzliche Notwendigkeit versetzt, vielfach des Nachts zu marschieren, wir wagten uns nicht in Bauernhütten, um uns zu erwärmen oder Nahrung zu kaufen — wir fanden es sogar ein paarmal für erforderlich, die Nacht im Freien zuzubringen. Es ist mir nicht möglich, Ihnen im kurzen Rahmen dieser Mitteilungen einen auch nur andeutungsweisen Begriff von den Leiden zu geben, denen meine tapfere Sophia hat Stand halten müssen. Jetzt ist sie an der Grenze ihrer physischen Leistungsfähigkeit angelangt. Ich kann, ich darf sie weiteren Beschwerden jetzt nicht aussetzen, wenn ich sie nicht verlieren will. Ich muß also entweder die Möglichkeit ausfindig machen, einige Zeit in unauffindbarer Verborgenheit mit ihr zu leben oder einen Wagen aufzutreiben suchen, worin wir unsere Reise zunächst fortsetzen. Ersteres erscheint unmöglich, dagegen dürfte ein Wagen, da ich etwas Geld besitze, wohl zu beschaffen sein. Haben wir nur erst einmal Tomsk erreicht, so hoffe ich uns leicht weitere Mittel und falsche Pässe zu besorgen, mit deren Hilfe wir an und über die Grenze gelangen."

Der Plan ist nicht übel," mischte sich Galuschkin ein, „aber die Schwierigkeit, einen Wagen zu finden, unterschätzen Sie. Hier im Ort z. B. werden Sie nie einen finden."

„Warum nicht?"

„Die Bauern sind zu scheu, zu ängstlich, zu mißtrauisch."

„Und wenn ich gut bezahle?"

„Dann müssen Sie allerdings schon sehr große Summen bieten, wenn die Habgier über die Furcht siegen soll. Denn die Leute riskieren Kopf und Kragen."

„Was soll ich dann aber anfangen? Wir müssen so schnell als möglich wieder von hier fort — und zu Fuße —"

„Warum müssen Sie so bald wieder fort?" unterbrach Isabella den Sprecher. „Viel besser würde es für Sie beide sein, besonders aber für Sophia, wenn Sie einige Tage hier bei uns blieben und sich gründlich erholten, haben Sie in dieser ganzen Zeit keinen Wagen gefunden, so sind Sie dann im Stande, Ihre Wanderung zu Fuß wieder aufzunehmen."

„Gewiß," setzte Galuschkin hinzu. „Sie werden dann unter günstigeren äußeren Verhältnissen reisen, da der Frühling nun immer näher kommt."

„Meine Freunde," erklärte Felix bestimmt, „das geht nicht! Wo sollte ich mich denn hier aufhalten?"

„Bei uns," sagte Kasimir.

„Vergeßt Ihr die große Gefahr, in welche Ihr Euch durch die Unterstützung zweier Verfolgter begeben würdet?"

„Was fragen wir —"

„Halt!" rief Felix. „Diese Gefahr ist noch größer, als Ihr annehmen mögt, weil gerade Sophia und ich diese Verfolgten sind. Und dann erfahrt noch eins — die Verfolger sind auf unserer Spur!"

„Mein Gott!" rief Isabella und erfaßte besorgt die Hand der Freundin.

„Vor einigen Stunden, kurz vor dem Ausbruch des Wirbelsturmes, hatten sie uns fast erreicht. Noch eine Viertelstunde vielleicht, und wir würden in ihre Hände gefallen sein, denn mein teures Mädchen schleppte sich nur noch schrittweise fort und diese Menschenjäger reisten in Schlitten."

„Arme Sophia," sagte Isabella zärtlich, „was mußt du da ausgestanden haben."

(Fortsetzung folgt.)

müssen beseitigt werden. Für eine kleine Besserung halte ich ja die Bestimmung des Entwurfs, daß die Schauspielunternehmer die nötigen Mittel aufzuweisen haben, wenn dadurch auch den Schauspielern selbst nicht im Geringsten geholfen wird. Denn der raffinierte Unternehmer wird zur Konzessionserlangung auch die nötigen Mittel aufzutreiben wissen und der Schauspieler doch der Geprellte im Falle des Zusammenbruchs sein. Vielleicht entschließt sich die Regierung doch endlich zu einem Spezialgesetz zu Gunsten der Schauspieler. — Nun zu den andern Dingen der Vorlage. Kollege Metzner hat ja mit großer Begeisterung den ethischen Gaul geritten (Heiterkeit), aber nur gegen die Schnapskonsumvereine. Warum wird die Ethik denn gerade durch den Schnapsverkauf der Konsumvereine getroffen, und nicht durch den Schnapsverkauf überhaupt, auch in Wirtschaften? Nur die Schenkwirte haben ein Interesse daran, daß den Konsumvereinen der Schnapsverkauf untersagt wird. Die bloßen Schnapskonsumvereine könnten sehr leicht durch die Bestimmung getroffen werden, daß sie der Konzessionspflicht unterliegen. Warum dieser hundert Vereine wegen die 1500 Konsumvereine treffen?! Der Schnapskonsum geht deshalb doch nicht zurück. Das einzige Mittel gegen die Schnapspest ist, das Volk auf ein höheres wirtschaftliches Niveau heben.

Der Entwurf will aber auch dem sog. Bierteufel zu Leibe gehen; man will den Flaschenbierhandel totschlagen. Da gehen wir nicht mit. Der Flaschenbierhandel entspricht einem allgemeinen Bedürfnis. Seine Vernichtung würde auch eine schwere Schädigung der Glasindustrie bedeuten. Auch gegen eine Beschränkung des Droguenhandels zu Gunsten der schon bevorzugten Apotheken erklären wir uns, wie gegen eine Beschränkung in der Verwendung von Detailreisenden. Mustersendungen können nur große Geschäfte machen, grade der kleine Kaufmann schickt Detailreisende aus. Was die Beschränkungen des Kolportagegewerbes betrifft, so wird die Bestimmung, daß die Zahl der Lieferungen und der Gesamtpreis des Werkes auf den einzelnen Heften angegeben sein müssen, die Schundlitteratur durchaus nicht treffen, die sich sehr rasch diesen Bestimmungen anschmiegen wird. Ich habe den Eindruck, als handele es sich hierbei vielmehr um einen Vorstoß gegen die Verbreitung der besseren und der wissenschaftlichen Litteratur im Volke. Unsere Polizeibehörden, die bereits jetzt das Recht haben, ein Verzeichnis der vom Kolporteur vertriebenen Druckschriften einzufordern, und solche, die ihr nicht passen, von der Liste zu streichen, macht von dieser Befugnis den merkwürdigsten Gebrauch. Die Erfurter Polizei verbot beispielsweise die Kolportage von Büchern wie „Das neue Heilverfahren", „Das Buch der Erfindungen" usw., genehmigte dagegen den Vertrieb von Romanen wie „Schinderhannes", „Der Scharfrichter von Berlin", „Rinaldo Rinaldini" usw. (Heiterkeit.) Wie wird die Polizeibehörde da erst in Zukunft verfahren. Ebenso unannehmbar ist für uns die Bestimmung, daß das Hausiergewerbe erst vom 25. Lebensjahr ab ergriffen werden darf. Die vorgeschlagenen Abänderungen der Gewerbeordnung sind keine Verbesserungen, sondern, von kleinen Dingen abgesehen, nur Verschlechterungen. Gegen eine Kommissionsberatung haben wir nichts einzuwenden. Will die Regierung den kleinen Gewerbetreibenden helfen, dann sind ganz andere Dinge notwendig, wie die vorgeschlagenen. Dann müßten vor allem die fortgesetzten Beunruhigungen des Gewerbes durch Marinevorlagen und ähnliches aufhören. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Bürklin (natl.) erkennt an, daß die Anträge des Vorredners bezüglich der Bühnenmitglieder aus wohlwollender Tendenz entsprungen seien. Aber einzelne Bestimmungen dieser Anträge proklamierten den Kontraktbruch und die Anarchie. Daß die Zustände im Bühnenleben keine idealen seien, bestreite kein Mensch. Aber der Verein der Bühnendirektoren sei eifrig bemüht, die Uebelstände zu beseitigen. Die Verhältnisse seien aber sehr schwierig und eigenartig. Man beschwere sich über die Kündigungsparagraphen. Die Herren links wollten das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf das Bühnenleben übertragen, sehr mit Unrecht, denn zwischen das Bühnenmitglied und den Theaterdirektor schiebe sich ein dritter Faktor mit souveräner Gewalt: das verehrliche Publikum. Natürlich sei es grober Unfug, wenn ein Direktor, was auch vorkomme, für ein Mitglied fünf oder sechs Reservisten engagierte. Es kollidierten aber zwei berechtigte Interessen und das mache die Sachlage so schwierig. Die meisten Theaterdirektoren spinnen keine Seide und hätten ein materiell sehr gedrücktes Dasein. Der Weggang eines Mitgliedes kann das ganze Ensemble, das ganze Repertoir ruinieren. Unter solchen Umständen könne man es vielen Direktoren nicht verdenken, wenn sie von einem einseitigen Kündigungsrecht des Mitgliedes nichts wissen wollen. Meist sei aber nur während der Probezeit das einseitige Kündigungsrecht des Mitgliedes aufgehoben. Die jetzigen Kontraktsformulare, die den Kündigungs-Paragraphen noch enthalten, seien vom Deutschen Bühnenverein mit den Vertretern der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger vereinbart worden. Das Agentenwesen bringe auch viele Uebelstände mit sich. Die Frage der Abhilfe nach dieser Richtung sei im Fluß. Das Beste könnten die Schauspieler selbst thun, wenn sie bei der Unterzeichnung von Kontrakten vorsichtiger wären. Auch erste Schauspieler, die nicht entfernt in einer Notlage sind, unterschreiben Kontrakte mit den unglaublichsten Bestimmungen, ohne sie zu lesen. Die Gerichte entscheiden zwar meistens zu Gunsten der Ausgebeuteten. Nun gebe es zwar auch schlimme Theaterdirektoren, aber auch unsere Bühnenmitglieder seien nicht alle Engel. Eine strenge Disziplin sei im Bühnenleben notwendig. Gern wolle er anerkennen, daß der Pflichteifer und die Berufstreue der Schauspieler im allgemeinen das höchste Lob verdienen. Die Stellung der deutschen Schauspieler hebe sich ja gesellschaftlich immer mehr und mehr. Er resümiere, Mißstände seien gewiß vorhanden, aber die Gesetzgebung dürfe doch erst eingreifen, wenn die einschlägigen Verhältnisse in umfassender Weise erwogen und aufgeklärt seien. (Beifall.)

Abg. v. Wolszlegier (Pole) erklärt, daß seine Fraktion der Vorlage gegenüber ungefähr auf dem Standpunkte des Zentrums stehe. Die Beschränkung des Hausierhandels sei sehr nützlich, man sollte nur auch gegen die Reisenden vorgehen. Besonders die Vertreter einer gewissen Rasse seien so aufdringlich, daß man schließlich etwas bestellt, um sie nur los zu werden. Eine Ausnahme bildeten die Reisenden im Schneidergewerbe. Die Hausierer seien weniger aufdringlich, sie bildeten aber eine Gefahr für die seßhaften Geschäftsleute.

Abg. Galler (FVp.): Die Regelung des Hausiergewerbes solle man den Einzelregierungen überlassen, da eine einheitliche Regelung unmöglich sei. Die ganze Vorlage weise den unangenehmen und krankhaften Zug auf, alle Schäden am Wirtschaftskörper durch Palliativmittelchen zu beseitigen. Der wirtschaftliche Niedergang resultiere aus dem Militarismus, der alle Kräfte des Volkes verzehrt. (Sehr richtig! links.) Die Vexationen des Buchhandels sind von der vorjährigen Kommission abgelehnt worden, hoffentlich stehe die diesmalige Kommission noch auf demselben Standpunkte.

Abg. Quentin (natl.): Die Vorlage wird einer nochmaligen Prüfung in der Kommission zu unterziehen sein, weil in meiner Partei eine Anzahl Bestimmungen als Härten empfunden werden. Gar vielen Leuten würde durch die Vorlage ihre Existenz vernichtet. Der Antrag Kanitz wolle den Landwirten eine Minimalrente sichern, warum wollten nun die Befürworter des Antrags Kanitz diesen vielen Personen, die gar nicht um staatlichen Schutz bitten, sondern nur ihrem Erwerbe frei nachgehen wollen, die Existenz erschweren und unmöglich machen. Der Hausiererstand sei im allgemeinen ein achtbarer Stand, der Treu und Glauben im geschäftlichen Verkehr hochhält. Die Erbschaft der ruinierten Hausierer würden nicht die Detaillisten, sondern die großen Versandtgeschäfte antreten. Das mindeste, was man fordern müsse, sei die Schaffung von Uebergangsbestimmungen. Er bitte aber das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Von dem Abg. Kardorff wird beantragt, morgen im Anschluß an die Erklärung des Reichskanzlers die Währungsfrage zu besprechen. Es widerspricht niemand.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. Tagesordnung: Währungsfrage. Fortsetzung der heutigen Debatte.

Schluß 5¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Berlin, 10. Febr. Eine Zusammenfassung der Christlich-Sozialen verschiedener Schattierungen von Naumann bis Stöcker versucht der Reichstagsabgeordnete Professor Hüpeden, der kürzlich aus der konservativen Partei ausgetreten ist. Er veröffentlicht — wohl als Grundlage eines christlich-sozialen Zukunftsprogramms — folgende vier Thesen:

„1. Die Christlich-Sozialen, die unter Stöckers Führung auf das Wartburg-Programm sich geeint haben, bleiben nach wie vor auf dem Boden der konservativen Grundanschauungen stehen. Ob sie auch fernerhin das Recht haben, sich „konservativ" zu nennen, und ob ihr Programm als mit dem konservativen Prinzip vereinbar zu gelten hat, auf welcher Seite überhaupt der „wahre" Konservatismus anzutreffen ist — innerhalb oder außerhalb der Fraktion — darüber entscheidet weder der einzelne, noch ein Dreimännerkollegium, noch die Fraktion, sondern allein die zukünftige Entwickelung, welche die konservative Partei im Lande nimmt. 2. Die Differenzpunkte zwischen den Christlich-Sozialen und der konservativen Fraktion liegen zunächst nur auf dem sozialpolitischen Gebiete und beziehen sich auf die Behandlung der Sozialdemokratie einerseits und auf die Beurteilung der Arbeiterbewegung andererseits, in letzter Beziehung besonders auf die Fragen: Wie weit sind die Forderungen der Arbeiterklasse als berechtigt anzuerkennen und in welchem Tempo sind die darauf bezüglichen Reformen einzuführen? So weit diese Gebiete nicht in Frage kommen, wird die Waffenbrüderschaft mit den Konservativen nach wie vor festgehalten werden können. 3. Gegenüber mancherlei mißverständlichen Aeußerungen Naumanns und seiner Anhänger hält die christlich-soziale Partei daran fest, daß sie als eine politische Partei den Blick auf das Ganze gerichtet halten muß und darum nicht in einseitiger Weise lediglich die Interessen eines Standes vertreten darf. Unter diesem Vorbehalt sucht sie die Fühlung nnd die Geistesgemeinschaft mit den um Naumann gescharten, sowie auch mit allen auf dem Boden des Evangelisch-sozialen Kongresses stehenden Christlich-Sozialen aufrecht zu halten und zu pflegen. 4. Der Grundsatz, daß das Wohl der Gesamtheit durch die gleichmäßige Pflege der berechtigten Interessen bedingt ist und alle Stände den gleichen Anspruch auf Berücksichtigung haben, schließt jedoch keineswegs aus, daß die christlich-soziale Partei es in der heutigen Zeit als ihre hauptsächliche Aufgabe ansieht, den gegründeten Ansprüchen der Arbeit gegenüber der bevorzugten Stellung des Kapitals zu ihrem Recht zu verhelfen."

Auch Pfarrer Naumann propagiert solchen Zusammenschluß. Er schreibt in der „Hilfe":

„Was Stöcker weiterhin thun wird, wissen wir in der Stunde, wo die letzten Zeilen zur „Hilfe" geschrieben werden, noch nicht. Wir vermuten, daß er eine selbständige konservativ-christlich-soziale Gruppe bilden will, hielten es aber besser, wenn gleich jetzt der Zusammenschluß aller Christlich-Sozialen erfolgen würde."

Ob Stöcker und Naumann sich zusammenfinden werden, erscheint uns trotzdem sehr fraglich. Letzterem ist es offenbar ehrlicher Ernst mit der Absicht, den Arbeitern zu helfen, wenn er dabei auch manche verschrobene Auffassung bekundet. In Stöcker haben wir aber bisher nur den Demagogen sehen können.

— Die Zuckersteuervorlage, so wird der „Köln. Volksztg." aus Berlin telegraphiert, dürfte möglicherweise zurückgezogen werden. In Regierungskreisen würden die Aussichten des Gesetzes infolge der jüngsten unerwarteten Preissteigerung des Zuckers als erheblich gesunken betrachtet. — Richtig ist jedenfalls, daß sowohl in der Zentrumspartei wie in der nationalliberalen Partei die Stimmung für die Vorlage sich immer mehr abkühlt in dem Maße, wie man sich die Wirkungen derselben allseitig klar macht. Das hat auch eine Fraktionsversammlung der Nationalliberalen am Freitag Vormittag wieder bekundet. Aber auf der anderen Seite geben sich die Zuckerinteressenten im Reichstage alle erdenkliche Mühe, um die Vorlage durchzudrücken. Demnächst soll ein Namensregister derjenigen Abgeordneten erscheinen, welche an der Vorlage persönlich interessiert sind. Dadurch würde es den Fraktionen mehr als früher erleichtert werden, solche Interessenten aus der Kommission zur Beratung der Vorlage fernzuhalten. Die Freisinnige Volkspartei beabsichtigt, wie die „Freis. Ztg." berichtet, die Beratung der entscheidenden Paragraphen sogleich im Plenum zu beantragen, um den Machenschaften der Interessentenkamaraderie entgegenzuwirken.

— Eine Volksversammlung, die von 2500 Personen besucht war, nahm einstimmig eine Resolution an, die sich gegen jede erschwerende Erweiterung des bestehenden Margarinegesetzes aussprach.

Köln, 10. Februar. Nach einem Telegramm der „Berl. Volksztg." wurde der Prozeß Hofrichter wegen Ausbleibens des Zeugen Reichstagsabgeordneten Lütgenau (Dortmund) vertagt. Verteidiger Rechtsanwalt Deubel teilte mit, daß gegen Gendarm Münter beim Dortmunder Gericht ein Verfahren wegen Meineids schwebe; Staatsanwalt Chrcescinsky beantragte hierauf, zum nächsten Termin sämtliche Strafakten in Sachen des Essener Meineidsprozesses vorzulegen, da wahrscheinlich in diesem Termin der ganze Essener Prozeß nochmals verhandelt werden wü de. Hofrichter erklärte sich schließlich bereit, den Wahrheitsbeweis in vollem Umfange antreten zu wollen.

Leipzig, 10. Febr. Eine imposante Wahlrechtsdemonstration ging heute nachmittag vor sich. In einem Lokale zu Stötteritz sprach Reichstagsabgeordneter Bebel gegen die drohende Wahlrechtsbeschneidung vor etwa 7000 Personen; in der Umgebung des Lokals hatten sich an 50000 Menschen angesammelt. Nach der Versammlung zog die Riesenmasse in geschlossenem Zuge nach der Stadt, wo auf dem Marktplatz ein Hoch auf das Wahlrecht ausgebracht wurde, welches den Reaktionären wie ein Pereat klang. Ein Zwischenfall ist nicht zu verzeichnen.

Mayen, 8. Febr. Amtliches Wahlresultat. Bei der am 4. d. M. im 5. Reichstagswahlkreise Mayen-Ahrweiler stattgehabten Reichstagsersatzwahl erhielten Baumschulenbesitzer Wallenborn in Bitburg (Z.) 10897, Lanwirt Peter Cohns aus Ochtenbung (Antis.) 539 und Redakteur Adolf Hofrichter aus Köln (Soz.) 526 Stimmen. Wallenborn ist somit gewählt. 1893 wurden 374 sozialdemokratische und 15138 Zentrumsstimmen abgegeben.

Aus dem Auslande.

Bulgarien. Fürst Ferdinand hat in der Antwort, welche er auf die Danksagung des Präsidenten der Sobranje über die beschlossene Umtaufung des kleinen Boris gegeben, sich selbst beweihräuchert: „Er habe dem Vaterlande ein Opfer gebracht, so groß, so grausam und so tief einschneidend, wie es in der Geschichte noch kein Beispiel gegeben habe (!). Er habe für das Heil und das Glück Bulgariens sein eigenes Kind als Unterpfand gegeben und darum die Bande seiner Familie gelockert und die Bande, die ihn an den Occident fesselten, zerrissen." Wer lacht da nicht? Bulgarien das Vaterland des Fürsten Ferdinand! Das hat sich sein Vater sicherlich nicht träumen lassen. Und für das Wohl dieses Vaterlandes bringt er dieses Opfer! Welche Unwahrheit. Aber wir sind es ja gewöhnt, daß das Vaterland immer da herhalten muß, wo es sich um die persönlichsten Interessen handelt und namentlich ist dies der Fall bei den Edelsten und Besten. Hier beim Fürsten Ferdinand muß es sogar zur Bemäntelung von dessen thörichter Eitelkeit herhalten.

Die Lohnbewegung in der Konfektionsindustrie und die „Herforder Zeitung für Stadt und Land".

Unsere Leser sind davon unterrichtet, auf welche Weise die Bewegung in der Konfektionsbranche entstanden und zu ihrem augenblicklichen Höhepunkt gelangt ist. In Berlin, Hamburg, Breslau, Stettin, München, Erfurt, Augsburg usw., fast überall, wo Konfektion am Orte ist, regen sich die Arbeiter und stellen an die Unternehmer das Verlangen nach höherem Lohn und nach Betriebswerkstätten, damit das unselige Zwischenmeistersystem endlich aus der Welt geschafft würde. Unsere Leser wissen, wie gerade dieses letztere mit dazu beigetragen hat, den Lohn so entsetzlich herabzudrücken, wie verschlechternd ferner die durch das Fehlen der Betriebswerkstätten bedingte Hausindustrie die Lebenslage der Arbeiter beeinflußt hat. Weil nun die Lebenslage dieser Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsbranche wirklich so entsetzlich ist, so genießt die Bewegung auch die Sympathie vieler bürgerlichen Kreise, ja sogar vieler Unternehmer selbst, welche ihrerseits nur behaupten, durch die Schmutzkonkurrenz gezwungen zu sein, so niedrige Löhne zu zahlen. Allerdings stehen diese bürgerlichen Kreise der Forderung nach Betriebswerkstätten meistens verständnislos gegenüber, das kommt daher, weil dieses Bürgertum von dem eigentlichen Wesen der sozialen Fragen überhaupt keine Ahnung hat. Immerhin aber wird das Streben nach Aufbesserung der Löhne als berechtigt anerkannt. Wir lassen, um dies zu beweisen, bürgerliche Preßstimmen folgen, wobei wir uns, weil uns der Raum sehr knapp ist, auf die bezeichnendsten Stellen beschränken.

Die „Vossische Zeitung": Die Forderungen, die an die Arbeitgeber gestellt werden, können nicht schlechthin als unbegründet angesehen werden. Sie finden auch in bürgerlichen Kreisen, wenigstens teilweise, Unterstützung. Die Lage vieler Arbeiter und besonders Arbeiterinnen in diesem wichtigen Geschäftszweige ist so traurig, daß eine wesentliche Aufbesserung in hohem Maße wünschenswert ist.

Die „Frankfurter Zeitung": Daß die Arbeitsverhältnisse in der Konfektionsbranche außerordentlich schlechte sind, kann kein Unbefangener leugnen. Der zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiter stehende Zwischenmeister führt auf Kosten des letzteren sehr oft, freilich nicht in allen Fällen, ein recht behagliches Dasein, der Lohn ist allenthalben ein außerordentlich niedriger, die Arbeitszeit eine übermäßig lange, die Arbeitsräume meist ungenügend und gesundheitsschädlich. Ein trübes Bild von den herrschenden Zuständen hat im vorigen Jahre im Auftrage des Verbandsvorstandes Timm in seiner bekannten Broschüre entworfen, der man im allgemeinen das Zeugnis der Objektivität ausstellen kann. Es unterliegt keinem Zweifel, daß durch die Einführung von Betriebswerkstätten und die Unterstellung dieser sowohl wie der Hausindustrie unter die Gewerbe-Aufsicht die Uebelstände ganz erheblich gemindert werden könnten.

Die „Volks-Zeitung": Der Kampf in der Konfektionsbranche ist nicht vom Zaun gebrochen worden. Er lag Jahre lang in der Luft. Weitausschauende Unternehmer mußten

wissen, daß der Kampf über kurz oder lang unvermeidlich war. Ihnen mußten die Zustände bekannt sein — und sie sind ihnen bekannt gewesen — in denen die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Industrie leben, oder, um es nicht zu beschönigen, in ihrer großen Ueberzahl vegetieren. Das Elend der Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsbranche gehört ungefähr in die Kategorie des Weberelends, das sprichwörtlich ist. Die Sympathien jedes sozial empfindenden Menschen sind in diesem Kampfe auf seiten derer, die ihre traurige Lage mit den vom Gesetz erlaubten Mitteln in bescheidenem Umfange verbessern wollen. Wo bei sechzehn- bis achtzehnstündiger Arbeitszeit täglich oft nicht mehr als 1 Mk. bis 1,50 Mk. verdient werden, da handelt es sich um Lohnverhältnisse, die ein wahrer Hohn sind auf den Satz, daß jeder Arbeiter seines Lohnes wert sei, und ein wahrer Hohn auf unsere Kultur dazu!

Die „Kölnische Volkszeitung“: Wir haben bereits dieser Tage auf die Ergebnisse hingewiesen, welche die 1878 unternommene Enquete über die sozialen Wirkungen eines Nähfadenzolles gehabt hat. Geradezu trostlose Bilder wurden damals über die Lage der Näherinnen in der Wäschefabrikation und Konfektion bekannt. Es wurde festgestellt, daß die Prostitution einen ständigen Nebenerwerb oder einen zeitweiligen Haupterwerb dieser Arbeiterinnen bildet. Der Gewerbeinspektor von Posen erklärte z. B.: „Die Wohnungsverhältnisse sind je nach den Einkünften von der Prostitution besser oder schlechter... Bei Arbeiterinnen bildet, so lange sie sich nicht der Prostitution ergeben haben, die Kartoffel das hauptsächlichste Nahrungsmittel.“ Auf eine Industrie, deren Blüte sich wesentlich auf die Prostitution der in ihr beschäftigten Arbeiterinnen gründet, brauchen wir nicht stolz zu sein.

Der „Reichsbote“: Nach dem bisherigen Verlauf der Bewegung kann man ihr nur sympathisch gegenüberstehen. Die hausindustriell beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsbranche sind diesmal das treibende Element. Ihr Los ist ohne Zweifel ein recht elendes, es ist daher zu begreifen, daß sie nach einer Besserung ihrer Lage streben.

Die „Kreuz-Zeitung“: Die Fabrikanten stellen die Sache noch so dar, als ob die Arbeiter diesmal nicht hinter den Führern ständen. Mit einer Brutalität, an der die „Nordd. Allg. Ztg.“ ihre Freude haben wird, erklärt der „Konfektionär“: „Die Arbeiter müssen verdienen, um zu leben, folglich können sie nicht streiken.“ In der nächsten Woche wird es sich entscheiden, ob dieser übermütige Appell an den Hunger als Bundesgenossen seine Wirkung gethan hat.

Hier haben wir demokratische, freisinnige, Centrums- und konservative Blätter in bunter Reihe, welche sich alle auf die Seite der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Konfektionsindustrie stellen.

In Bielefeld und Herford ist leider von einer Bewegung der Konfektionsarbeiter nichts zu merken. Es liegt dies nicht etwa daran, daß hier ausreichende Löhne gezahlt werden, sondern der Grund ist der, daß die Konfektionsarbeit als Nebenerwerb bei der Landwirtschaft getrieben wird. Es ist dies nicht so gräulich, als wenn in den großen Städten die Konfektionsarbeiterinnen der Prostitution in die Arme getrieben werden, aber die Lebenshaltung dieser ländlichen Hausarbeiter ist nicht minder jämmerlich, und jeder, der außer seinem eigenen Sattessen noch etwas Gefühl für seine Mitmenschen übrig hat, müßte es mit Freuden begrüßen, wenn bei der allgemeinen Bewegung auch für die hiesigen Konfektionsarbeiter eine kleine Verbesserung ihrer Lebenshaltung abfallen würde. Thatsächlich nun scheinen die Unternehmer wirklich etwas derartiges zu befürchten, denn die „Herforder Zeitung für Stadt und Land“, diese allezeit unterthänigste Dienerin der Unternehmerinteressen, veröffentlicht in der Freitagsnummer folgenden schamlosen Artikel:

Herford, 7. Febr. In der Konfektionsbranche versucht die Sozialdemokratie wieder einmal, die Gemüter zu erregen und ist es ihr in etwa neun größeren Plätzen dieser Branche auch gelungen, die Sache so weit zu treiben, daß der Streik unmittelbar bevorsteht. Daß an manchen Plätzen, so namentlich in Berlin, die Löhne sehr gering sind, ist ja öfters erörtert worden und ist es keine Frage, daß man den Arbeitern und Arbeiterinnen Verbesserungen ihrer dürftigen Lage nur aufrichtig wünschen kann. Die Folge des Lohnkampfes wird aber wahrscheinlich die sein, daß von den Plätzen, an denen gestreikt wird, die Konfektionsbranche sich wegziehen wird. Das übergroße Angebot von Arbeitskräften ist nun einmal da und wirkt niederdrückend auch auf solche Orte, wo die Löhne höher sind. Kann sich ein derartiger Platz zu billigerer Arbeitsleistung nicht verstehen, so geht dann in der Regel die betreffende Industrie verloren. So ist es auch schon in Herford geschehen. Ein großer Teil der billigen Stapelartikel, dessen Anfertigung hier früher Geld ins Land brachte, wird nicht mehr nach hier, sondern nach Sachsen u. s. w. in Auftrag gegeben. Angefertigt wird hier von diesen Sachen fast nichts mehr. Das ist immerhin ein bedeutender Verlust, denn an der Herstellung dieser Artikel konnten sich auch weniger Geschickte beteiligen, und wenn auch der Verdienst gerade kein hoher war, so hatte er doch die große Annehmlichkeit, daß die betreffenden im Hause arbeiten konnten, und ihr Verdienst spielte im Gesamteinkommen der Familie eine große Rolle. Jetzt ist es in sofern schwerer geworden, als jeder, der in der Branche arbeiten will, sich sehr anstrengen muß, möglichst sorgfältig gearbeitete, schwierigere Stücke abliefern zu können. Es werden also an den einzelnen auch hier weit größere Anforderungen gestellt, dafür werden jedoch auch derartige Sachen besser bezahlt. Wie schon früher, gelegentlich der im vorigen Jahre in dieser Zeitung veröffentlichten Artikel festgestellt wurde, sind die Löhne für bessere Artikel so, daß die Arbeiter dabei recht gut existieren können. Den Beweis dafür liefern so manche Familien, die bei sparsamer Lebenshaltung und geschickter, fleißiger Arbeit in bemerkbarer Weise vorwärts gekommen sind. Wer da freilich meint, für den Fabrikanten wäre alles gut genug und wer den Sonntag so verbringt, daß er Montags nicht arbeiten kann, der wird auch die höchsten Löhne für ungenügend halten. Gerade derartige Leute sind es aber gewöhnlich, welche am lautesten klagen und aufwiegeln. Man sehe sich daher erst seine Pappenheimer an, ehe man irgend welchen Treibereien Gehör schenkt. Montagsblaumacher sehen die Verhältnisse immer verkehrt an. Aber man vergesse auch nicht, daß heutzutage das Angebot von weniger geübten Arbeitskräften ein sehr großes ist, daß aber wirklich geübte, geschickte und solide Leute immer noch ein erträgliches Fortkommen finden.

An Schamlosigkeit leistet dieses Machwerk wirklich alles menschenmögliche. Da soll die Sozialdemokratie die ganze Geschichte angezettelt haben; die Löhne sind zwar sehr gering, aber wenn mehr verlangt wird, bekommen die Arbeiter gar keine Beschäftigung mehr, und endlich reichen die Löhne auch aus, um bei Sparsamkeit vorwärts zu kommen, nur die am Montag blau machen, sind unzufrieden damit.

Es erübrigt, über den albernen Vorwurf, daß die Sozialdemokratie die Bewegung angefacht habe auch nur ein Wort zu verlieren. Es genügt, darauf hinzuweisen, wie sogar die „Kreuzzeitung“ das Unternehmerorgan, den „Konfektionär“, abthut. Jeder, der nur einigermaßen mit den Verhältnissen vertraut ist, weiß, daß Lohnbewegungen nicht von außen her in die Arbeiterschaft hineingetragen werden können. Und dazu die gemeine zwischen den Zeilen zu lesende Verdächtigung, als ob die Sozialdemokraten, welche für die Lohnbewegung eintreten, zugleich Blaumacher sind, während es längst allgemein anerkannt ist, daß gerade die fleißigsten und intelligentesten Arbeiter auch Sozialdemokraten sind. Jedoch was soll man von einem Blatt viel anderes verlangen, dessen Redakteur es nachgewiesen worden ist, daß er ein Verleumder ist, ohne daß derselbe es in seinem Interesse für nötig gehalten hätte, die Verleumdung zurückzunehmen.

Es gehört nun unserer Meinung nach ein ganz besonderer Geschmack dazu, Abonnent eines Blattes zu sein, welches in dieser Weise redigiert wird. Indessen über den Geschmack wollen wir hier nicht weiter streiten. Aber darauf wollen wir die Arbeiter Herfords doch aufmerksam machen, daß ihre Interessen, nicht bloß ihre geistigen, sondern auch ihre materiellen Interessen, bei diesem „arbeiterfreundlichen“ Blatt sehr schlecht aufgehoben sind. Das Blatt gesteht selbst zu, daß die Löhne in Berlin sehr gering sind. Wollen sich die Herforder Arbeiter vielleicht einreden lassen, daß die Löhne in Herford besser sind? Welcher Narr soll wohl glauben, daß die Konfektion deswegen von Berlin nach Herford geht, um teurere Löhne zu bezahlen! Nein, in Herford werden noch schlechtere Löhne bezahlt, als in Berlin. Aber das schadet nichts, dafür hat der Arbeiter die Annehmlichkeit zu Hause zu arbeiten — diese Annehmlichkeit besteht doch nur für den Fabrikanten, welcher die Ausgabe für Arbeitsräume spart, während zu gleicher Zeit das Haus der Arbeiters den Jammer der 16stündigen Arbeitszeit verdeckt —, ferner spielt der Verdienst des Arbeiters im Gesamteinkommen der Familie eine große Rolle — welche liebliche Umschreibung für den gezahlten Hungerlohn — und endlich die alberne Drohung, daß die Fabrikanten nicht mehr am Ort arbeiten lassen werden, wenn sie höhere Löhne zahlen müssen. So einfach ist denn das doch nicht, eine ganze Industrie nach einem anderen Lande zu verlegen. Auch vergißt das arbeiterfreundliche Blatt, zu erwähnen, daß eben deshalb die Arbeiter möglichst geschlossen vorgehen, um die Fabrikanten allerorts zur Besserung der Löhne zu zwingen.

Aber die ganze Absicht des arbeiterfreundlichen Blattes ist es, die Arbeiter in möglichster Unterwürfigkeit gegen die Unternehmer zu erhalten. Deswegen versucht es, die Arbeiter bei den elenden Löhnen zum Sparen zu begeistern. Und die Arbeiter unterstützen dieses Kapitalistenorgan noch durch ihr Abonnement. Aber, ihr Herforder Arbeiter, zieht nur immer weiter die Schlafmütze über die Ohren, haltet und lest nur immer weiter dieses Blatt, dessen einzige Aufgabe es ist, euch im Interesse der Fabrikanten in Schlaf zu lullen, ihr dürft euch dann aber auch nicht wundern, wenn die Löhne seitens der hiesigen Unternehmer immer weiter heruntergedrückt werden. Wir wissen wohl, daß wie die Verhältnisse zur Zeit in Herford liegen, an eine erfolgreiche Lohnbewegung nicht gedacht werden kann, so daß die Herforder Konfektionsarbeiter zu müßigem Zuschauen verurteilt sind, wie ihre thatkräftigeren Leidensgenossen sich eine menschenwürdigere Lebenshaltung zu erringen streben. Das kann doch aber nicht für alle Zeiten so bleiben. Auch hier wird die Arbeiterschaft wiederum zu neuem Leben erwachen. Möge sie hierzu den Anfang machen dadurch, daß sie diesem schamlosen Unternehmerorgan, der „Herforder Zeitung für Stadt und Land“ den Rücken kehrt.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 11. Februar.

— **Ansteckende Krankheiten.** Im vergangenen Monat sind hier 28 Fälle von ansteckenden Krankheiten zur polizeilichen Anmeldung gekommen, und zwar erkrankten an Diphtheritis 24, 9 männliche und 15 weibliche Personen im Alter von 1 bis 26 Jahren; an Unterleibstyphus 2, 1 männliche und 1 weibliche Person von 18 bis 24 Jahren; an Ruhr eine männliche von 25 Jahren und an Wochenbetifieber eine Ehefrau von 35 Jahren. (W. Z.)

— **Fouragepreise** für den Kreis Bielefeld betrugen im Monat Januar d. J. für 50 Klg. Hafer: guter 6,50, mittlerer 6,25 und die geringere Sorte 5,88, also durchschnittlich 6,25 M.; für 50 Klg. Heu war der höchste Preis 2,50, der niedrigste 2 und der Durchschnittspreis 2,34 M.; für Stroh war der höchste Preis 2,50, der niedrigste 2,25 und der Durchschnittspreis 2,46 M. Für Eßkartoffel war der höchste Preis 3,10, der niedrigste 2,33 und der Durchschnittspreis 2,67 für 50 Klg. (W. Z.)

— **Herr Maurermeister Altenhöner** teilt uns mit, daß er gegen den Maurerverband in keiner Weise vorgegangen ist oder vorzugehen gedenkt. Die Entlassung des einen Gesellen sei nur erfolgt, weil er sich die unwahren Angaben, die derselbe über die Abtritte in einer Maurerversammlung gemacht habe, nicht habe gefallen lassen wollen.

Duisburg. Auf Zeche Wiesche bei Heißen sind infolge einer Erderschutterung 4 Bergleute verschüttet. Durch unausgesetztes Ausgraben während der ganzen Nacht gelang es, die Verschütteten lebend ans Tageslicht zu fördern.

Gerichtliches.

** **Bielefeld,** 8. Februar. Strafkammer. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Löher, Vertreter der Staatsanwaltschaft: Herr Assessor Reichartz. — Die Berufung des Arbeiters Dietrich Schneider aus Depenbrock, welcher vom Schöffengericht zu Oeynhausen wegen Diebstahls mit 3 Tagen Gefängnis bestraft war, wurde als unbegründet verworfen. — Der domizillose und wiederholt vorbestrafte Zigarrenmacher Heinrich Keute aus Lüdinghausen, z. Z. in Untersuchungshaft, hatte am 22. November v. Js. auf einem Bettelgange in Enger den Versuch gemacht, ein paar Schuhe zu stehlen. Da es sich um einen versuchten Diebstahl im wiederholten Rückfalle handelt, so mußte auf eine höhere Strafe erkannt werden, der Gerichtshof billigte ihm aber mildernde Umstände zu und verurteilte ihn zu 4 Monate Gefängnis. Wegen des Bettelns erhielt er 2 Wochen Haft. — Der Arbeiter Otto Wiegand von hier war am 10. November v. Js. vom hiesigen Schöffengericht wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit 2 Wochen Gefängnis bestraft worden. Gegen dieses Urteil hatte der Angeklagte Berufung eingelegt. Der Gerichtshof änderte heute das erste Urteil ab und erkannte gegen den Angeklagten auf nur 3 Tage Gefängnis. — Das hiesige Schöffengericht hatte den Schlosser Emil Lange von hier wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit 30 Mark bezw. 6 Tagen Gefängnis bestraft. Die Berufung, die von seiten des Verurteilten gegen dieses Urteil eingelegt ist, wurde heute als unbegründet verworfen. — Der Schlachtergeselle Karl Friedrich Lührfeld hatte am 13. September v. Js. mit seinem Fuhrwerke überfahren. Der Verunglückte war etwa hier auf der hiesigen Heeperstraße den Dreherlehrling Riekamp von 81 Tage arbeitsunfähig gewesen und beantragte als Nebenkläger eine Buße von 225 Mark. Die Beweisaufnahme stellte fest, daß der Angeklagte durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung des Riekamp herbeigeführt. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu 1 Woche Gefängnis und zur Zahlung einer Buße in der Höhe von 150 Mark an den Verletzten. — Der Arbeiter und Neubauer Hermann Kämper zu Herford war vom dortigen Schöffengericht wegen Mißhandlung seiner Ehefrau mit 4 Monaten Gefängnis bestraft. Die Berufungsinstanz hob heute das erste Urteil auf und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 2 Monat. — Am 4. Dezember v. Js. war der Tischlermeister Karl Generotzky von hier vom hiesigen Schöffengericht wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu einer Zusatzstrafe von 5 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte Angeklagter Berufung eingelegt, welche aber verworfen wurde. — Am 19. November v. Js. war auf der Feldschlößchen-Brauerei zu Minden ein geflickter Riemen des Fahrstuhles gerissen und mit dem herunterstürzenden Fahrstuhle der Arbeiter Rippe verunglückt. Die Unfallversicherung hatte die Gesellschaft schon wiederholt aufgefordert, die Mängel an dem Fahrstuhle zu beseitigen, und eine Feststellvorrichtung anzubringen. Es war aber immer beim alten geblieben, trotzdem man der Berufsgenossenschaft mitgeteilt hatte, daß die Mängel beseitigt seien. Verantwortlich für diesen Unfall ward der Direktor der Brauerei Louis Brettholz zu Minden, er wurde heute wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 300 Mark Geldstrafe bezw. zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt.

Vermischtes.

Berlin, 9. Februar. Der Direktor der Rheinisch-Westfälischen Bank, Hermann Friedmann, ist wegen Verdachts der Urkundenfälschung verhaftet worden. Derselbe soll bei seiner ersten Vernehmung belastende Aussagen gegen dritte gemacht haben, so daß die Affaire voraussichtlich weitere Kreise ziehen dürfte.

Wegen Benutzung zu großer Bierseidel ist, nach einer Meldung der „Berl. Gastwirtsztg.“, ein schlesischer Gastwirt von der Polizei in Strafe genommen worden. Der betreffende Restaurateur hatte etwa 80 Bierseidel, die auf 4/10 geaicht waren, jedoch einen größeren Inhalt besaßen. Der Wirt, der keine Ahnung davon hatte, schenkte diese Gläser zu seinem Schaden stets vorschriftsmäßig „voll“ aus. Hinter diese „betrügerische“ Manipulation kam aber die Polizeibehörde gelegentlich einer Kontrolle und ahndete die „Gesetzesübertretung“; sie konfiszierte sämtliche Gläser und außerdem ist der Schenkwirt dafür, daß er den Gästen mehr Bier, als er es notwendig hatte, geschenkt, zu einer Geldstrafe verurteilt worden.

Berlin, 8. Febr. Der Direktor der Rheinisch-Westfälischen Bank, Hermann Friedmann, wurde wegen Urkundenfälschung verhaftet.

Professor Hans Delbrück ist, wie die „Nat.-Ztg.“ erfährt, zum ordentlichen Professor der Geschichte an der Universität Berlin ernannt worden.

Berlin, 9. Februar. Ein Mord und Selbstmordversuch ist gestern in Moabit verübt worden. Der pensionierte Schutzmann August Schmidt hat seine Frau mit einem Beil erschlagen und dann versucht, sich mit einem Rasiermesser den Hals abzuschneiden. Der Mann hatte am vorhergehenden Abend einen seiner Söhne in den Keller geschickt, um das dort liegende Beil heraufzuholen. Während der Nacht blieb in der Wohnung alles ruhig. Erst morgens zwischen 3 und 4 Uhr wurde die Frau des Hausverwalters von einem im Hause wohnenden Kellner mit dem Bemerken geweckt, daß man aus der Wohnung Schmidts Hilferufe höre; sie ging mit mehreren Hausbewohnern in die Wohnung hinauf, und dort sahen sie, daß Frau Schmidt als Leiche in ihrem Bette lag; ihr Mann hatte sie durch zwei Schläge mit der stumpfen Seite des Beiles getötet. Nachdem er die Frau erschlagen, war er im Zimmer unruhig auf- und abgegangen. Dadurch weckte er die Kinder, die im Nebenzimmer schliefen. Als diese herbeikamen, nahm der Vater ein Rasiermesser und brachte sich einen tiefen, aber nicht lebensgefährlichen Schnitt in den Hals bei. Bevor er den beabsichtigten zweiten Schnitt führen konnte, entriß ihm ein Sohn das Messer. Vom Blutverlust erschöpft fiel Schmidt neben dem Bette hin, auf dem seine Frau als Leiche lag. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo die Wunde vernäht wurde, und die Aerzte hoffen, daß der Mann nach einigen Tagen vernehmungsfähig sein wird. Erst dann wird man über seine Beweggründe für die That bestimmte Auskunft erhalten können. Es scheint aber schon jetzt ziemlich sicher, daß er in einem Anfalle von Schwermut gehandelt hat. Schmidt war schon seit einiger Zeit tiefsinnig, wahrscheinlich infolge von Geldverlusten.

Spandau, 9. Februar. Wegen vielfacher Unterschlagungen ist der Feldwebel Werner vom Königin Augusta-Regiment hierselbst gestern verhaftet worden. Er hatte die Spargelder der Unteroffiziere seiner Kompagnie zu verwalten; die eingezahlten Beträge hat er aber seit zwei Jahren nicht mehr zinsbar bei der Sparkasse angelegt, sondern für sich verbraucht. Im ganzen hat er 800 Mk. unterschlagen. Als die Sache heraus-

kam, wollte er sich erschießen. Vom Hauptmann wurde ihm noch im letzten Augenblick der geladene Revolver entrissen.

Alsheim (Rheinhessen), 9. Febr. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern Mittag in einer Steingrube. Der ledige 27jährige Jean Jost war mit einem Mitarbeiter mit Steinbrechen beschäftigt, als sich plötzlich eine Masse loslöste und Jost verschüttete. Nach ungefähr einer halben Stunde wurde Jost hervorgezogen, aber alle Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

Ein Distanz-Wettrennen mit Reitkamelen wurde am 28. Januar auf dem Winterfest ins Biskra veranstaltet. Die Tiere hatten die zu zwei Drittteilen durch eine Sandwüste gehende Strecke von Tuggurth nach Biskra, 220 Kilometer, zurückzulegen. Es starteten 17 Kamele, von denen zwei nach 12 Stunden 47 Minuten fast gleichzeitig ankamen. Bei dem Distanzritt Berlin—Wien im Oktober 1892 legte der beste österreichische Reiter die 570 Kilometer lange Strecke in 71 Stunden 20 Minuten zurück.

„War eine Ratt'" in — der elektrischen Leitung. Eine arge Störung in der elektrischen Zentralanlage für Beleuchtung von Baltimore trat vor einiger Zeit ein, ohne daß man sofort die Ursache hätte erkennen können. Die Lampen in einem großen Teil der Stadt erloschen plötzlich viele Verbindungen waren durchgebrannt, und das Schaltbrett der Station zeigte sich stark beschädigt. Als man, um der Sache auf den Grund zu kommen, sämtliche Lichtleitungen genau absuchte, fand man, daß die ganze Störung durch eine Ratte verursacht worden war, welche zwei in geringer Entfernung von einander liegende blanke Drähte zugleich berührt und damit den Strom kurz geschlossen hatte, welcher durch den Rattenleib gegangen war. Die Ratte war jedenfalls zufällig naß gewesen, so daß ihr Körper einen guten Stromleiter darstellte. Man schätzt, daß der Strom in einer Spannung von 2700 Volt durch den Tierkörper gegangen ist. Der Pelz des natürlicher Weise durch den elektrischen Strom getöteten Tieres zeigte sich verbrannt, und der Körper war so hart, als ob er gefroren wäre. Der bei der plötzlichen Verbindung der beiden blanken Leitungsdrähte durch die Ratte entstandene elektrische Lichtbogen war so stark gewesen, daß die Gummiisolierung durchbrannte und das anliegende Holzwerk in Brand gesetzt wurde. Sämtliche Drähte auf dem Schaltbrett hatten dem plötzlich entstandenen starken Strom nicht widerstehen können, sie mußten erneuert werden, damit der Betrieb wieder aufgenommen werden konnte.

Ein verheerender Sturm richtete am Donnerstag in Nordamerika an der ganzen atlantischen Küstenlinie bedeutenden Schaden an; aus mehreren Orten des Küstenlandes werden Ueberschwemmungen und kleinere Unglücksfälle gemeldet. In Newyork und Brooklyn stürzten mehrere Gebäude ein. Die Stadt Boundbrook (New-Jersey) ist teilweise unter Wasser gesetzt; die Verbindungen dahin sind abgeschnitten, viele Einwohner der Stadt sollen umgekommen sein. In Morristown (New-Jersey) platzte unter dem Drucke des angeschwollenen Wassers ein Damm; 25 Personen werden vermißt. — In New-Britain (Connecticut) stürzte am Freitag eine über den Pequebuck-Fluß führende Brücke ein, wobei zwanzig auf der Brücke mit Reparaturen beschäftigte Arbeiter mit in den Fluß stürzten; man glaubt, daß 13 ertrunken seien.

Briefkasten der Redaktion.

St. Bin leider Sonnabend Abend versagt. Hoffmann.

H. St. Die Adresse des Reichstagsabgeordneten Wurm kennen wir auch nicht, schicken Sie den Brief nur nach dem Reichstag. Auch die Adresse des deutschen Kaisers können wir Ihnen nicht nach dem Hofzeremoniell mitteilen. Dies ist auch für einen Mann aus dem Volke nicht notwendig.

Briefkasten der Expedition.

Oerlinghausen 25,36 M., Werther 7,00 M., Münster 63,00 M.

Wir erinnern die Herren Filial-Expedienten an den Konferenzbeschluß.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Inserate werden nur gegen Barzahlung aufgenommen

Bekanntmachung.

Diejenigen Mannschaften der Reserve, Marine-Reserve, Landwehr, Seewehr, Ersatz-Reserve, sowie Landsturmpflichtige des zweiten Aufgebots, welche wegen häuslicher oder gewerblicher Verhältnisse im Falle einer Mobilmachung auf Zurückstellung Anspruch machen, werden aufgefordert, ihre Gesuche bis spätestens zum 20. Februar d. J. bei dem Magistrat hierselbst anzubringen oder zu erneuern. Die Entscheidung über die eingegangenen Reklamationen seitens der Ersatzkommission findet am 16. März d. J., vormittags 10 Uhr, in der Volkshalle, Pavenmarkt 2 hierselbst statt und wird den Beteiligten anheimgestellt, sich in diesem Termine persönlich einzufinden.

Bielefeld, den 1. Februar 1896.

Königliches Landratsamt des Stadtkreises.

Naturheil-Verein.
Stiftungsfest

am 15. d. M., abends 8 Uhr (Harmonie).

Konzert, Zither-Vorträge, lebende Bilder.

310*] **Der Vorstand.**



Reichshalle.

Sonnabend, den 15. Februar:

Großer Maskenball

mit Prämiierung. [313*

Zur Massenverbreitung!

Soeben ist in dritter Auflage erschienen und in der **Buchhandlung „Volkswacht"** zu haben:

Prozeß Liebknecht in Breslau.

Verhandlung wegen Majestätsbeleidigung vor dem Landgericht zu Breslau am Donnerstag, den 14. November 1895.

Mit einem Vor- und Nachwort von W. Liebknecht.

Preis **10** Pfg. (Porto 3 Pfg.)

Dieser Prozeß ist in der Fülle der gegenwärtigen Majestätsbeleidigungs-Anklagen typisch; die Bedeutung der Broschüre erhellt am besten daraus, daß in vierzehn Tagen bereits drei Auflagen nötig wurden.

Der Septemberkurs
vor dem Reichstag.

96 Seiten Großoktav. Preis **15** Pfg.

Die Bebelsche Etatsrede hat der diesjährigen Etatsdebatte ihre politische Bedeutung gegeben und diese zu einer Diskussion über die Sozialdemokratie und den Septemberkurs gestaltet. Die Sedanhetze, die Majestätsbeleidigungs-Prozeß-Epidemie, die neueste Regierungspolitik wird hier vor dem Richterstuhl der Oeffentlichkeit abgehandelt und ist daher diese Sammlung der in stenographischem Wortlaut wiedergegebenen Reden der Abgeordneten Bebel, Barth, Haußmann, Stumm ꝛc., des Reichskanzlers, des Kriegs- und des Justizministers von weitergehendem Interesse.

Zur Massenverbreitung empfohlen!

Soeben erschien im Verlage des „Vorwärts":

Der Essener Meineidsprozeß.

Von Dr. Franz Lütgenau.

48 Seiten großoktav. **Preis 15 Pfg.** Porto 5 Pfg.

Weit hinein in die bürgerlichen Kreise hat dieser Prozeß durch seine Einleitung, seinen Verlauf und das Geschworenen-Urteil Aufregung getragen und auch dort offene Mißbilligung gefunden, die in der Schrift durch die Stimmen aus der gegnerischen Presse für spätere Zeiten registriert ist. Erst durch die Schilderung der tiefen Klassenscheidung und Klassengegensätze in der rheinisch-westfälischen Industriehölle, aus denen der Verfasser den Prozeß erklärt, wird dieser verständlich und begreift man es, warum der Staatsanwalt durch den Hinweis auf die Streiks ꝛc. so offen an die Klasseninstinkte der Geschworenen appellierte. Auf diesem Boden ist auch der **Zeuge Münter** eine typische Erscheinung. Aus den Verhandlungen, denen der Verfasser selber beiwohnte, erbringt er den Beweis für die Unschuld der Verurteilten.

Wir empfehlen die Schrift zur weitesten Verbreitung.

Buchhandlung „Volkswacht".

Eingetroffen

sind die **Neuheiten** in

Frühjahrs-Kleiderstoffen

und große Auswahl in

Damen- und Konfirmanden-Jacketts,
Promenades, Kragen u. Regenmäntel.

Bernard Wolf.

311

Gelegenheitskauf!



Durch Uebernahme mehrerer tausend Paar Holzschuhe und Pantoffel verkaufen wir: **2 Schnallenstiefel 2,50 Mk., ungefütterte Galoschen 1,30 Mk., dto. gefüttert 1,50 Mk., Riemenpantoffel 80 Pfg., gefütterte Pantoffel 70 Pfg.**

Nur allerbeste Ia. Ware. 30*

Wiederverkäufern Extra-Rabatt!

E. Plettenberg, Neumarkt 13. — **H. Bohle,** Am Bach u. Bürgerweg 16.



Betten

und [312

Bettwaren

empfiehlt

Bernard Wolf.

Den Parteigenossen empfehlen wir zur Anschaffung:

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

zu Breslau

vom 6. bis 12. Oktober 1895.

68 Seiten. Preis **30** Pfg. (Porto 10 Pfg.), gebundene Exemplare 50 Pfg.

Die Verhandlungen über das **Agrarprogramm** machen den Breslauer Parteitag zu einem der bedeutungsvollsten der Partei und da diese Verhandlungen im Protokoll besonders ausführlich wiedergegeben sind, so wird das diesjährige Protokoll ganz besondere Beachtung finden. Im Anhang sind die verschiedenen Vorschläge der Agrarkommission im Wortlaute nebst der Frankfurter Resolution beigefügt, so daß das gesamte Material hier zusammengefaßt ist und dauernd als Nachschlagebuch benutzt werden kann.

Protokolle

über die

Verhandlungen der Parteitage

zu

Halle (1890), Erfurt (1891) und Berlin (1892)

— Preis a 50 Pfg. —

Köln (1893) — Preis 40 Pfg. — **Frankfurt a. M. (1894)** — Preis 25 Pfg. —

sind, soweit der Vorrat reicht, zu haben in der

Buchhandlung „Volkswacht", Bielefeld,

Schulstraße 20.



Mit 4 feinen Linsen und 3 Auszügen.

Fernrohre per Stück 3,20 Mk.

Starke Vergrösserung

unter Garantie!

Jedes Fernrohr, welches nicht gefällt, nehmen sofort retour.

Preis-Katalog

sämtlicher **optischer Waren**, aller Arten **Messer, Scheren, Schuss-, Hieb-** und **Stichwaffen** versenden an Jedermann gratis und franko.

81 **Kirberg & Comp., Gräfrath bei Solingen.**

Broschüren, Statuten liefert schnell und sauber Buchdruckerei **„Volkswacht".**

Soeben ist erschienen und in der Buchhandlung **„Volkswacht"** vorrätig



Ein neues lustiges Lied mit Illustrationen. — Preis **10** Pfg.

In der **Buchhandlung „Volkswacht"** sind folgende Broschüren vorrätig:

Domela Nieuwenhuis, Mein Abschied von der Kirche. Zwei Vorträge: 1. Die Kirche und die soziale Frage. 2. Mein Abschied von der Kirche. Aus dem Holländischen ins Deutsche übersetzt von H. Harders und E. Groth. Höchst interessante und gemeinverständliche Agitationsschrift. Vierte Auflage. 32 Seiten. Preis 25 Pfg.

— Das Leben Jesu. Eine historisch-kritische Abhandlung zur Aufklärung des arbeitenden Volkes. Aus dem Holländischen übersetzt von H. Harders und Dr. Fr. Diederich. Preis 40 Pfg.

— Die Bibel. Ihre Entstehung und Geschichte. Eine historisch-kritische Abhandlung zur Aufklärung des arbeiten Volkes. Aus dem Holländischen ins Deutsche übersetzt von H. Harders und Dr. Fr. Diederich. 2. Auflage. Preis 40 Pfg.

Joh. Sassenbach, Die heilige Inquisition. Ein Beitrag zur Geschichte der christlichen Religion. 190 Seiten. Preis 60 Pfg.

Hoffmann, Dr. phil. Ludw., Ist Religion Privatsache? Eine Erörterung des Verhältnisses der Sozialdemokratie zum Christentum. (Gegenschrift.) 39 Seiten. Preis 30 Pfg.

Seit kurzem ist erschienen und hält empfohlen die Buchhandlung **„Volkswacht"**:

Die Sozialdemokratie
und das
Allgemeine Stimmrecht.

Mit besonderer Berücksichtigung des Frauen-Stimmrechts und des Proportional-Wahl-Systems.

Von **August Bebel.**

56 Seiten Großoktav. — Preis 20 Pfg. (Porto 5 Pfg.)

Diese Schrift wurde veranlaßt durch den Beschluß des Kölner Parteitages, für das Allgemeine Wahlrecht eine Agitation einzuleiten. Für diese bietet die Broschüre die sachliche und historische Grundlage; sie enthält die Geschichte des Allgemeinen Wahlrechts seit 100 Jahren, den Widerstand der herrschenden Klassen dagegen und die Erklärung der Ursachen hierfür. In knapper Zusammenfassung giebt der Verfasser eine Entwickelung des Kampfes um Verfassung und Wahlrecht in den verschiedenen deutschen Einzelstaaten, schildert eingehend das preußische Dreiklassen-Wahlsystem, dessen jüngste plutokratische Verschlechterung, die Stellungnahme der Parteien dazu und legt dann das Wahlrecht in den einzelnen deutschen Bundesstaaten dar: Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden, Hessen, den thüringischen Staaten, Hamburg u. s. w. Die wechselnde Stellung Bismarck's zum Allgemeinen Stimmrecht, die Agitation des Nationalvereins ꝛc. wird ausführlich klargelegt und das Frauen-Stimmrecht und Proportional-Wahlsystem in eigenem Kapitel behandelt.